



[B'90/Die Grünen, Löwengasse 27, 67346 Speyer]

Herrn
Oberbürgermeister
Hansjörg Eger
Maximilianstrasse 100

67346 Speyer

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion

Klaus-Dieter H. Schütt
Löwengasse 27
67346 Speyer

Speyer, den 07.02.2013

Betr. : Resolution zu der geplanten Dienstleistungskonzession der Europäischen Union

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Eger,

wir bitten Sie die Abstimmung über die folgende Resolution auf die Tagesordnung der kommenden Stadtratssitzung am 07.03.2013 zu setzen:

Der Stadtrat der Stadt Speyer bekräftigt anlässlich der Beratungen im Europäischen Parlament über die Dienstleistungskonzessionen, dass die Wasserversorgung in kommunaler Hand bleiben soll, wenn dies von der betroffenen Kommune gewünscht wird. Es darf nicht geschehen, dass europäisches Recht die Kommunen „durch die Hintertür“ zur Privatisierung zwingt. Trinkwasser ist keine Handelsware, sondern elementarer Teil der kommunalen Daseinsvorsorge.

Damit alle Kommunen auch in Zukunft selbst über ihre Wasserversorgung entscheiden können, ruft der Stadtrat die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich an der europäischen Bürgerinitiative „Wasser und Sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht“ zu beteiligen.

Begründung

In Deutschland hat sich die Wasserversorgung über viele Jahrzehnte als kommunale Daseinsvorsorge zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger entwickelt und bewährt. Diese Strukturen würden mit dem neuen Ausschreibungszwang an vielen Orten zerstört, und das, obwohl nach einer Umfrage des Verbandes Kommunaler Unternehmen 95 Prozent der Deutschen mit ihrem derzeitigen Trinkwasserversorger "zufrieden" oder "sehr zufrieden" seien. Die EU plane nun einen tiefen Einschnitt in die Wasserversorgung in Europa und ganz besonders in Deutschland.

Nach der von der EU-Kommission vorgelegten Konzessionsrichtlinie sollen Städte und Gemeinden zukünftig nicht mehr selbst über ihre Wasserversorgung entscheiden, sondern wären gezwungen, sie europaweit auszuschreiben.

Die Entscheidung über die Konzessionsrichtlinie wird im April 2013 im Europäischen Parlament getroffen. Daher ist ein rasches Handeln notwendig. Unter www.right2water.eu/de können die Bürgerinnen und Bürger gegen die Liberalisierung der Wasserwirtschaft stimmen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Johannes Jaberg
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

Klaus Schütt
Stadtrat
Bündnis90/Die Grünen